

Zum Jahreswechsel 2013/2014

Die Worte zum Jahreswechsel sollen nicht zu lang werden. Dennoch ist es mir ein Bedürfnis, bei einer solchen Gelegenheit auch etwas über den Tellerrand der aktuellen Politik hinaus zu schauen. Macht man dies kurz, dann setzt man sich der Gefahr aus, auch verkürzt (miss-)verstanden zu werden. Ich kann nur hoffen, dass ich genügend als jemand bekannt bin, der die jeweils unterschiedlichen Aspekte mit berücksichtigt.

Auch im siebten Jahr seit Ausbruch der Großen Krise des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts herrscht an Kapitalismuskritik kein Mangel. Das verwundert nicht, denn trotz der Schönfärberei der Voodoo-Ökonomen wird die Perspektivlosigkeit, die mit der Entwicklungslogik des Kapitalismus einhergeht, immer offener.

Das kapitalistische Akkumulationsregime hat eine enorme Produktivkraftentwicklung ermöglicht und damit einen Reichtum an materiellen Gütern geschaffen, den es so in der Geschichte der Menschheit noch nicht gab. Darauf weisen seine Parteigänger immer wieder gerne hin. Allerdings sind die Produktivkräfte häufig längst in Destruktivkräfte umgeschlagen, die zu einer Umweltzerstörung immer größeren Ausmaßes führen. Und auch die produzierten Güter tragen kaum mehr zur Wohlstandsmehrung, sondern ebenfalls zur zunehmenden Umweltbelastung bei. Ein nicht unwesentlicher Teil der produzierten Dienstleistungen (Unterhaltungs“industrie“, Infotainment usw.) dient der systematischen Ruhigstellung und Verdummung der Menschen, besonders jener, die aus dem System und damit aus der Gesellschaft ausgeschlossen worden sind. Da die Bewegung der Kapitalakkumulation maßlos ist und aus sich heraus immer weitere Gesellschaftsbereiche unter das eigene Regime zwingen will, wird das Anhalten dieser Maschine zu einer Überlebensfrage der Menschheit.

Das Oberhaupt einer der großen Weltreligionen, Papst Franziskus, reiht sich ein die die zunehmende Zahl radikaler Kapitalismuskritiker. In der These Nr. 53 seines APOSTOLISCHES SCHREIBEN *EVANGELII GAUDIUM* versucht er das Neue an dem aktuellen Kapitalismus zu formulieren:

„53. Ebenso wie das Gebot „du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung. Es ist nicht mehr zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit. Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichte macht. Als Folge dieser Situation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt: ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg. Der Mensch an sich wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann. Wir haben die „Wegwerfkultur“ eingeführt, die sogar gefördert wird. Es geht nicht mehr einfach um das Phänomen der Ausbeutung und der Unterdrückung, sondern um etwas Neues: Mit der Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt, an ihrer Wurzel getroffen, denn durch sie befindet man sich nicht in der Unterschicht, am Rande oder gehört zu den Machtlosen, sondern man steht draußen. Die Ausgeschlossenen sind nicht „Ausgebeutete“, sondern Müll, „Abfall.““ (S. 36)

Frank Deppe legt in seinem neuen Buch „Autoritärer Kapitalismus“ plausibel dar, dass wir uns inmitten einer Phase des Umschlagens von einem noch einigermaßen demokratisch kontrollierten und legitimierten zu einem völlig unkontrollierten und ungebändigten Kapitalismus befinden. Und dieser Kapitalismus bedeutet autoritäre Formierung und Kontrolle nach innen und Krieg nach außen. Egon Bahr, der jetzt 92jährige ehemalige Wegbegleiter und Freund Willy Brandts, sagte kürzlich in einem Gespräch mit einer Schülergruppe, dass ihnen klar sein müsse, dass sie in einer Vorkriegszeit leben.

Die wichtigste politische Aufgabe besteht sicher darin, Widerstand gegen diesen außer Rand und Band geratenen Kapitalismus zu organisieren – vor Ort, im Land, europaweit und weltweit. Aber neben der Kritik und dem Widerstand gehört auch die positive Utopie zu den motivierenden und mobilisierenden Voraussetzungen. Viele von uns erleben das täglich: In der Kritik an den Auswüchsen, ja sogar in der Kritik an den Grundlagen dieses Systems stimmen uns inzwischen viele Menschen zu. Geht es allerdings um die Alternativen, dann wird es plötzlich schwierig.

In der Tradition der Arbeiterbewegung waren die Alternativen immer bezeichnet mit den Begriffen „Sozialismus“ und „Kommunismus“. Diese Begriffe sind nicht nur vom politischen Gegner zu verzerrten und verdrehten Kampfbegriffen gemacht worden, mit denen man sich dann jedes weitere Argument sparen kann, wobei natürlich immer ein historischer Bezug hinzugefügt werden muss, etwa „Nachfolgepartei der SED“ oder „in der Tradition des Sozialismus sowjetischer Prägung“ usw. Das ist praktizierter Antikommunismus, sicher. Das erleben wir in vielen Bundestagsdebatten, weil der Applaus dafür so billig zu haben ist. Aber das funktioniert auch deshalb bis heute, weil diese Begriffe tatsächlich belastet sind mit den stalinistischen Verbrechen, den Bespitzelungen, den Menschenrechtsverletzungen usw. die es in einem größeren Ausmaß in den staatssozialistischen Ländern gegeben hat. Nun plädiere ich überhaupt nicht dafür, diese Begriffe aufzugeben, denn damit würden wir auch einen nicht unwichtigen Teil unserer historischen Wurzeln aufgeben. Aber ich plädiere dafür, sie im Sinne unserer Programmatik zu übersetzen. Dabei können wir anknüpfen an Diskussionen, die es seit einiger Zeit in Lateinamerika zum Thema „buen vivir“ (gutes Zusammenleben) gibt (siehe: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/buen-vivir-als-gegenhegemonialer-prozess/>).

Unser Ziel ist eine solidarische und friedliche Gesellschaft des guten (Zusammen-)Lebens!

Da steckt eine Menge drin: Inklusion statt Ausschluss, Friedensbewahrung, (Umver-) Teilung des Reichtums, Produktion im Einklang mit der Natur und den Menschen, solidarische Daseinsvorsorge für die in Not geratenen und die, die wegen Krankheit oder Alter nicht mehr so mittun können, auch Entschleunigung und menschliche Zuwendung und einiges mehr.

In vielerlei Hinsicht entspricht das den Intentionen unserer Programmatik. Allerdings ist unsere Programmatik häufig nicht nahe beim Menschen, sondern verallgemeinert, abstrahiert, erfasst größere (internationale oder volkswirtschaftliche) Dimensionen und Zusammenhänge. Das ist auch gut und richtig, denn das „Klein-Klein“-Gegenmodell ist ja häufig das enge betriebswirtschaftliche Denken des profitorientierten Unternehmers. Eine bemerkenswerte Erfahrung ist aber, dass der von den Kapitalismusfreunden so gerne bemühte mittelständische und kleine Unternehmer sehr häufig gar nicht so denkt, sondern in seinen Überlegungen und Wertevorstellungen häufig viel näher an dem oben genannten Ziel ist als an harten neoliberalen Marktorientierungen. Deshalb glaube, ich, dass wir unsere Programmatik und unsere Alternativen näher zu den Menschen bringen müssen und dass uns diese Diskussionen, wie sie z.B. in Lateinamerika geführt werden, dabei sehr gut unterstützen können. Das ist aber auch kein „Beglückungsprozess“ in dem Sinne, dass wir

wissen, wo's lang geht und die Menschen nur noch missionieren müssen, sondern es ist ein Suchprozess und ein Aufbruchprozess, bei dem es um „Selber Denken“ und „Selber Handeln“ geht.

Den Widerstand zu organisieren und dieses Ziel zu popularisieren und diesen Such-/Aufbruchprozess zu ermöglichen, das sind wesentliche Aufgaben der LINKEN in dieser Epoche.

Jetzt könnte eine konkrete Beschreibung der politischen Situation in Deutschland folgen. Aber die meisten von euch verfolgen diese Entwicklungen ohnehin sehr genau. Deshalb will ich nur noch auf zwei Dinge eingehen:

Was bedeutet unsere neue Rolle als stärkste Oppositionsfraktion?

Neben einigen formalen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sehe ich (in Anlehnung an unsere Parteivorsitzenden) folgende Aufgaben:

Opposition des Widerspruchs sein: Gegen den weiteren Austeritätspolitik, für eine solidarische und umverteilende (Europa-)Politik, gegen Auslandseinsätze, gegen Sozialabbau und Privatisierung usw.

Opposition der Transparenz sein: Keine Hinterzimmerpolitik, keine Geheimdienstpolitik, Aufdecken von Machenschaften und Hintergründen durch Kleine und Große Anfragen, keine Ruhe geben und dranbleiben an Themen usw.

Opposition der Mobilisierung sein: Aktivitäten des Widerstands weltweit und vor Ort unterstützen, gemeinsam mit NGO's Politik entwickeln, den Protest ins Parlament tragen usw.

Opposition der Einladung sein: Die anderen politischen Parteien einladen zu gemeinsamen Initiativen, aber auch die Menschen einladen, bei uns mitzutun für ein besseres (Zusammen)Leben usw.

Opposition der Veränderung sein: Vorschläge für einen tatsächlichen Politikwechsel in den einzelnen Feldern erarbeiten und versuchen, sie in den ersten Schritten durchzusetzen, aber auch das Ziel (siehe oben) nicht aus den Augen zu verlieren und als Maßstab und Kompass für die einzelnen Schritte zu berücksichtigen.

Was liegt hinter uns und was liegt vor uns?

Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass wir etwas Besonderes in Europa darstellen: Im wirtschaftlich stärksten Land Europas eine Partei links von der SPD mit einer antikapitalistischen Programmatik, die kein marginalisiertes Sektendasein fristet, sondern einigermaßen stabil bei Wahlen bei 8-10% liegt. Mir geht es dabei nicht ums Schulterklopfen, wie toll wir doch sind, sondern darum, dass uns bewusst wird, welche Verantwortung wir auch für die gesamte politische Entwicklung in Europa tragen. Wenn man mit den Genossinnen und Genossen von SYRIZA in Griechenland, Bloco de Esquerda in Portugal, der Fronte de Gauche in Frankreich, der Izquierda Unida in Spanien, der SP in den Niederlanden usw. spricht, dann merkt man schnell: Obwohl einige dieser Parteien in ihrem Land deutlich erfolgreicher sind als wir in Deutschland, betonen sie die Bedeutung dieser LINKEN für Deutschland und Europa und die Inspiration, die sie daraus beziehen für ihre eigenen Kämpfe in ihrem Land. Ich betone das deswegen, weil es sicher hilfreich ist, sich bei dem einen oder anderen innerparteilichen Streit dieser Verantwortung bewusst zu werden.

Die Wahlen, die hinter uns liegen, haben uns wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen lassen. Wir haben allerdings auch Federn lassen und Rückschläge hinnehmen müssen. Aus zwei westdeutschen Landesparlamenten sind wir rausgeflogen und in Bayern sind wir bei der Landtagswahl nicht mal in die Nähe eines Einzugs gekommen. Allerdings ist uns in Hamburg und in Hessen jeweils der Wiedereinzug gelungen. Wir haben also etwas Licht und einiges an Schatten erleben dürfen.

Die Mitgliederentwicklung ist per Saldo leicht positiv. Und die Mitglieder, die aus keiner der „Quellparteien“ stammt (wobei ist das sicher nicht verwerflich finde, aus diesen Quellparteien zu kommen), dürften inzwischen die Mehrheit stellen.

Ein gutes Wahlergebnis, das zeigen die Einzelanalysen, ist das Resultat aus einer Menge Faktoren, unter denen aber besonders die Verankerung in der Bevölkerung, in Initiativen und Organisationen, eine hervorragende Bedeutung besitzt. Das ist auch der Grund für die im bayerischen Vergleich überdurchschnittlichen Ergebnisse in unserem Kreisverband. Eine solche Verankerung entsteht durch Aktivität, und zwar nicht nur während des Wahlkampfes, sondern eigentlich ständig. Auf diese ständige Aktivität von sehr vielen ehrenamtlichen Mitgliedern sind wir angewiesen. Ihnen gebührt ein ganz herzliches Dankeschön an dieser Stelle.

Das verbindet sich mit der Bitte, mit den Aktivitäten in den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen nicht nachzulassen. Wir wollen unsere kommunalpolitische Verankerung in Nürnberg und in Fürth weiter ausbauen und verstärken. Und wir wollen die Kräfte stärken, die für ein anderes, ein friedliches und solidarisches Europa stehen. Und hier geht es v.a. darum, unseren Europaabgeordneten Thomas Händel erneut in das Europaparlament zu bringen.

Wahlkampf kostet Geld. Unternehmensspenden wollen wir nicht. Aber Spenden von Privatpersonen sind immer gerne erwünscht. Spendenquittungen werden gerne ausgestellt. Spenden bitte an DIE LINKE Nürnberg/Fürth: DE76760501010005894811

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einige besinnliche Feiertage, einen guten Rutsch und ein erfolgreiches Jahr 2014!

Harald Weinberg, MdB DIE LINKE